

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (14. Ausschuss)

- 1. zu dem Antrag der Abgeordneten Ernst Kranz, Wolfgang Spanier, Sören Bartol, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Franziska Eichstädt-Bohlig, Volker Beck (Köln), Ursula Sowa, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 15/1091 –**

Stadtumbau Ost auf dem richtigen Weg

- 2. zu dem Antrag der Abgeordneten Henry Nitzsche, Dirk Fischer (Hamburg), Arnold Vaatz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 15/352 –**

**Stadtentwicklung Ost – Mehr Effizienz und Flexibilität,
weniger Regulierung und Bürokratie**

- 3. zu dem Antrag der Abgeordneten Joachim Günther (Plauen), Horst Friedrich (Bayreuth), Rainer Brüderle, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 15/750 –**

Stadtumbau Ost – ein wichtiger Beitrag zum Aufbau Ost

A. Problem

1. Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, nach dem der Deutsche Bundestag die Maßnahmen der Bundesregierung zur vereinfachten und zielgenauen Handhabung des Förderinstrumentariums „Stadtumbau Ost“ begrüßen soll. Zudem soll der Deutsche Bundestag unter anderem beschließen, die Bundesregierung aufzufordern, darauf hinzuwirken, dass die Möglichkeiten zur Beschleunigung des Rückbaus genutzt werden, insbesondere die nach der Verwaltungsvereinbarung Städtebauförderung förderungsfähige Vor- und Zwischenfinanzierung. Auch solle die Bundesregierung dazu bei-

tragen, dass auch die besonders finanzschwachen Kommunen in die Lage versetzt werden, am Programm „Stadtumbau Ost“ zu partizipieren.

2. Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, nach dem der Deutsche Bundestag unter anderem beschließen soll, die Bundesregierung aufzufordern, die einzelnen Förderelemente des Programms „Stadtumbau Ost“ stärker zu verzahnen, die Bundesmittel im Rahmen dieses Programms zeitgerechter zur Verfügung zu stellen, das Förderelement Wohneigentumsbildung im Bestand durch flexiblere Kriterien zu stärken, durch befristete Grunderwerbssteuerfreistellung für Fusionen besonders den notwendigen Neustrukturierungsprozess von Wohnungsunternehmen im Rahmen des Stadtumbauprozesses zu erleichtern und ein Sonderkündigungsrecht für Rückbauvorhaben gegenüber Mietern zuzulassen.
3. Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, nach dem der Deutsche Bundestag unter anderem beschließen soll, die Bundesregierung aufzufordern, in der Verwaltungsvereinbarung für das Jahr 2003 eine flexible Verwendung der für den Stadtumbau Ost bereitgestellten Mittel sicherzustellen, die Härtefallregelung des § 6a Altschuldenhilfegesetz für alle Wohnungsunternehmen anwendbar zu gestalten, die Antragsfrist nach § 3 der Altschuldenhilfeverordnung bis zum 31. Dezember 2005 zu verlängern, die Vorschriften der §§ 192 ff. des Baugesetzbuchs bis zum Jahr 2010 in den neuen Bundesländern auszusetzen und ein Sonderkündigungsrecht im Rahmen von Abrissmaßnahmen zu regeln.

B. Lösung

1. **Annahme des Antrags auf Drucksache 15/1091 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP**
2. **Ablehnung des Antrags auf Drucksache 15/352 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP**
3. **Ablehnung des Antrags auf Drucksache 15/750 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP**

C. Alternativen

1. Ablehnung des Antrags auf Drucksache 15/1091.
2. Annahme des Antrags auf Drucksache 15/352.
3. Annahme des Antrags auf Drucksache 15/750.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Antrag – Drucksache 15/1091 anzunehmen,
2. den Antrag – Drucksache 15/352 – abzulehnen,
3. den Antrag – Drucksache 15/750 – abzulehnen.

Berlin, den 2. Juli 2003

Der Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

Eduard Oswald
Vorsitzender

Ernst Kranz
Berichterstatter

Henry Nitzsche
Berichterstatter

Peter Hettlich
Berichterstatter

Joachim Günther (Plauen)
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Ernst Kranz, Henry Nitzsche, Peter Hettlich und Joachim Günther (Plauen)

I. Überweisung

1. Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf Drucksache 15/1091 in seiner 48. Sitzung am 5. Juni 2003 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen zur federführenden Beratung sowie an den Finanzausschuss und den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.
2. Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf Drucksache 15/352 in seiner 37. Sitzung am 3. April 2003 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen zur federführenden Beratung sowie an den Rechtsausschuss, den Finanzausschuss, den Ausschuss für Tourismus und den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.
3. Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf Drucksache 15/750 in seiner 37. Sitzung am 3. April 2003 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen zur federführenden Beratung sowie an den Rechtsausschuss, den Finanzausschuss und den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

1. Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, nach dem der Deutsche Bundestag die Maßnahmen der Bundesregierung zur vereinfachten und zielgenauen Handhabung des Förderinstrumentariums „Stadtumbau Ost“ begrüßen soll. Zudem soll der Deutsche Bundestag unter anderem beschließen, die Bundesregierung aufzufordern, darauf hinzuwirken, dass die Möglichkeiten zur Beschleunigung des Rückbaus genutzt werden, insbesondere die nach der Verwaltungsvereinbarung Städtebauförderung förderungsfähige Vor- und Zwischenfinanzierung. Auch solle die Bundesregierung dazu beitragen, dass auch die besonders finanzschwachen Kommunen in die Lage versetzt werden, am Programm „Stadtumbau Ost“ zu partizipieren.
2. Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, nach dem der Deutsche Bundestag unter anderem beschließen soll, die Bundesregierung aufzufordern, die einzelnen Förderelemente des Programms „Stadtumbau Ost“ stärker zu verzahnen, die Bundesmittel im Rahmen dieses Programms zeitgerechter zur Verfügung zu stellen, dass Förderelement Wohneigentumsbildung im Bestand durch flexiblere Kriterien zu stärken, durch befristete Grunderwerbssteuerfreistellung für Fusionen besonders den notwendigen Neustrukturierungsprozess von Wohnungsunternehmen im Rahmen des Stadtumbauprozesses zu erleichtern und ein Sonderkündigungsrecht für Rückbauvorhaben gegenüber Mietern zuzulassen.
3. Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, nach dem der Deutsche Bundestag unter anderem beschließen soll, die Bundesregierung aufzufordern, in der Verwaltungsvereinbarung für das Jahr 2003 eine flexible Verwendung der für den Stadtumbau Ost bereitgestellten

Mittel sicherzustellen, die Härtefallregelung des § 6a Altschuldenhilfegesetz für alle Wohnungsunternehmen anwendbar zu gestalten, die Antragsfrist nach § 3 der Altschuldenhilfeverordnung bis zum 31. Dezember 2005 zu verlängern, die Vorschriften der §§ 192 ff. des Baugesetzbuchs bis zum Jahr 2010 in den neuen Bundesländern auszusetzen und ein Sonderkündigungsrecht im Rahmen von Abrissmaßnahmen zu regeln.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

1. Der **Finanzausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 15/1091 in seiner 21. Sitzung am 25. Juni 2003 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP beschlossen, die Annahme des Antrags zu empfehlen.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 15/1091 in seiner 23. Sitzung am 25. Juni 2003 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU beschlossen, die Annahme des Antrags zu empfehlen.

2. Der **Rechtsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 15/352 in seiner 24. Sitzung am 2. Juli 2003 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 15/352 in seiner 21. Sitzung am 25. Juni 2003 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat den Antrag auf Drucksache 15/352 in seiner 19. Sitzung am 25. Juni 2003 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 15/352 in seiner 19. Sitzung am 7. Mai 2003 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

3. Der **Rechtsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 15/750 in seiner 24. Sitzung am 2. Juli 2003 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 15/750 in seiner 21. Sitzung am 25. Juni 2003 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 15/750 in seiner 19. Sitzung am 7. Mai 2003 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

IV. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen** hat die Anträge auf Drucksachen 15/352 und 15/750 in seiner 12. Sitzung am 21. Mai 2003 erstmals beraten. Zu dem Themenbereich „Stadtumbau Ost“ hat er in dieser Sitzung ein Expertengespräch geführt, an dem teilgenommen haben:

- Gerhard Steintjes, Ministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr, Brandenburg

- Dr. Albrecht Buttolo, Staatssekretär für Landesentwicklung, Städtebau und Wohnungswesen, Sachsen
- Karl Gröger, Deutscher Städtetag (Stadt Dessau)
- Lutz Freitag und Dr. Angelika Riemer, GdW-Bundesverband Deutscher Wohnungsunternehmen e. V.
- Dr. Thomas Ungethüm, Landesverband sächsischer Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer e. V.
- Petra Wesseler, Bürgermeisterin, Stadt Chemnitz
- Franz-Georg Rips, Deutscher Mieterbund

Wegen des Ergebnisses des Expertengesprächs wird auf das Sitzungsprotokoll vom 21. Mai 2003 verwiesen (Protokoll des Ausschusses für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen Nr. 15/12). Über die Anträge auf Drucksachen 15/1091, 15/352 und 15/750 hat der Ausschuss in seiner 14. Sitzung am 25. Juni 2003 ohne Debatte unter Vorbehalt der Stellungnahme des Rechtsausschusses abgestimmt.

1. Er hat mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP beschlossen, die Annahme des Antrags auf Drucksache 15/1091 zu empfehlen.
2. Er hat mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP beschlossen, die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 15/352 zu empfehlen.
3. Er hat mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP beschlossen, die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 15/750 zu empfehlen.

Berlin, den 2. Juli 2003

Ernst Kranz
Berichterstatter

Henry Nitzsche
Berichterstatter

Peter Hettlich
Berichterstatter

Joachim Günther (Plauen)
Berichterstatter

